

Nunnenkamp, Peter; Schweickert, Rainer

**Book Part — Digitized Version**

## Schuldenprobleme der Entwicklungsländer und OECD

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Nunnenkamp, Peter; Schweickert, Rainer (1989) : Schuldenprobleme der Entwicklungsländer und OECD, In: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren: Fakten, Herausforderungen und Chancen, Studiengruppe für Internationale Analysen, Laxenburg, pp. 98-114

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1851>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## SCHULDENPROBLEME DER ENTWICKLUNGS- LANDER UND OECD

Peter Nunnenkamp, Rainer Schweickert

### I. "Keine Alternative zum Schuldenerlaß!" versus "Schuldenerlaß bietet keine Alternative!"

Die im September in Berlin abgehaltene gemeinsame Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank hat erneut verdeutlicht, daß die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer ein zentrales Thema der Diskussion um die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung bilden. Dies dürfte auf absehbare Zeit auch so bleiben. Mit dem bisherigen Krisenmanagement ist es zwar gelungen, die Stabilität des westlichen Finanzsystems zu sichern. Die kurzatmigen Umschuldungs- und Rettungsaktionen haben es jedoch nicht vermocht, die ökonomische Situation der Schuldnerländer nachhaltig zu verbessern. Im Gegenteil: Viele hochverschuldete Länder der Dritten Welt leiden immer noch unter erheblichen Einkommenseinbußen, sinkenden Reallöhnen, hoher Arbeitslosigkeit und drastischen Investitionskürzungen. Seit 1983 sind sie überdies vom internationalen Kapitalmarkt weitgehend abgeschnitten; die Schuldendienstverpflichtungen überschreiten den Zufluß neuer Kredite.

Angesichts gescheiterter wirtschaftspolitischer Anpassungsbemühungen und umfangreicher Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern werden Schuldenstreichungen oder Erleichterungen beim Schuldendienst von vielen Beobach-

tern als unverzichtbar erachtet<sup>1</sup>. Länder wie die Bundesrepublik Deutschland haben bereits die Verbindlichkeiten besonders armer Dritte-Welt-Staaten aus Entwicklungshilfekrediten erlassen. Darüber hinaus wird von den OECD-Regierungen verlangt, die westlichen Gläubigerbanken zu drängen, auch für kommerzielle Kredite einen Nachlaß einzuräumen. Dieser Forderung liegt die Auffassung zugrunde, daß

- die Schuldnerländer ihre Zahlungsprobleme aus eigener Kraft nicht bewältigen können und
- ein Schuldenerlaß der wirksamste Beitrag der Gläubiger zur Überwindung von Verschuldungskrisen darstellt.

Beide Thesen halten wir für falsch. Die Tatsache, daß viele Entwicklungsländer überschuldet sind, ist maßgeblich auf die von ihnen verfolgte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Ein Schuldenerlaß bedeutet, daß wirtschaftspolitisches Fehlverhalten nachträglich belohnt wird. Am Beispiel ostasiatischer Staaten wie Malaysia, Südkorea und Thailand möchten wir kurz aufzeigen, wie es diesen ebenfalls hochverschuldeten Ländern gelungen ist, Zahlungsprobleme zu vermeiden. Erfolgreiche Bemühungen, den Schuldendienst vereinbarungsgemäß zu leisten, würden durch Zugeständnisse an Problemschuldner indirekt bestraft. Ein Schuldenerlaß beschwört neue Problemfälle geradezu herauf, weil er die Anreize für Eigenanstrengungen schwächt. Er könnte auch Versuche der heutigen Problemschuldner entmutigen, aus eigener Kraft interne Aufbringungsprobleme zu überwinden. Daß derartige Anstrengungen entgegen der vorherrschenden Meinung durchaus erfolgversprechend sind, soll am Beispiel der Türkei, Chiles und Ghanas verdeutlicht werden.

Unsere zweite Gegenthese lautet, daß die Befürwortung eines Schuldenerlasses in den OECD-Staaten für verschiedene Interessengruppen eine Alibifunktion hat. Auf diese Weise werden notwendige Anpassungen im eigenen Bereich verschleiert und die Anpassungslasten auf die Allgemeinheit abgewälzt. Die Hoffnung, daß der unerwünschte Kapitalabfluß aus der Dritten Welt durch einen Schuldenerlaß gestoppt werden könnte, ist unbegründet. Die Umkehr der internationalen Kapitalströme zuungunsten vieler Entwicklungsländer seit 1982 beruht nur zum geringeren Teil auf gestiegenen Schuldendienstbelastungen. Der Kern des Problems liegt vielmehr in den drastisch reduzierten Kapitalzuflüssen aus neuen Krediten. Insbesondere für Länder, die gegenüber Banken hoch verschuldet sind, droht sich das Problem des Zugangs zum internationalen Kapitalmarkt nach einem Schuldenerlaß weiter zu verschärfen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß die Banken nach der verlustreichen Streichung von Altforderungen in stärkerem Maße als bisher bereit wären, neue Kredite zu vergeben. Andererseits spricht vieles dafür, daß die Transferprobleme von Schuldnerländern erheblich erleichtert werden könnte, wenn die OECD-Staaten ihre Märkte stärker öffnen; dies wird abschließend zu belegen sein.

## II. Wie Verschuldungsprobleme vermieden wurden und überwunden werden können: Die Rolle interner Wirtschaftspolitik

Wenn von hochverschuldeten Entwicklungsländern die Rede ist, denkt man in allererster Linie an überschuldete Staaten wie Brasilien, Mexiko oder Nigeria. Die meisten asiatischen Länder sind dagegen nicht in den Schlag-

zeilen, obwohl sie ähnlich hoch verschuldet sind. Südkorea hatte 1986 mit 45 Mrd. US\$ annähernd so hohe Auslandsverbindlichkeiten wie der drittgrößte Schuldner Argentinien; die Pro-Kopf-Verschuldung Malaysias überstieg die Brasiliens; gleiches gilt für Thailand, wenn der Schuldenstand auf das Bruttosozialprodukt bezogen wird. Dies verdeutlicht, daß hohe Verschuldung nicht notwendigerweise mit Verschuldungsproblemen einhergeht. Es wird auch oft vergessen, daß die asiatischen Länder trotz hoher Verschuldung - im Gegensatz zu den Problemschuldnern - kaum Schwierigkeiten haben, zusätzliche Kredite zu erhalten.

Worauf ist es zurückzuführen, daß Zahlungsschwierigkeiten vermieden werden konnten? Trotz erheblicher Unterschiede zwischen den ostasiatischen Erfolgsfällen, lassen sich einige wichtige Gemeinsamkeiten identifizieren<sup>2</sup>. Während viele Problemschuldner sehr hohe und steigende Defizite im Staatshaushalt aufwiesen, hielten sich die Budgetdefizite der ostasiatischen Länder (mit Ausnahme Malaysias) in engen Grenzen. Dies reduzierte die Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors im Ausland, die andernorts insbesondere dann Verschuldungsprobleme heraufbeschwor, wenn konsumintensive und importintensive Staatsausgaben mit Auslandskrediten finanziert wurden. Gleichzeitig wurde Inflationsgefahren entgegengewirkt, die sowohl bei erhöhten Auslandskrediten als auch bei exzessiver inländischer Geldschöpfung zur Finanzierung hoher Staatsdefizite drohten. Tatsächlich belief sich die jahresdurchschnittliche Geldentwertung in den ostasiatischen Staaten nur auf einen Bruchteil der galoppierenden Inflation, die für Lateinamerika typisch war. Für die erste Ländergruppe war es deshalb leichter, starke und unvorhersehbare Schwankungen des

realen Wechselkurses zu vermeiden. Die Risiken längerfristiger Produktions- und Investitionsentscheidungen konnten auf diese Weise erheblich reduziert werden. Heimische Ersparnisse blieben im Lande und standen für inländische Investitionen zur Verfügung, statt als Fluchtkapital ins Ausland transferiert zu werden. Ein drastischer Einbruch der Investitionen, wie er in Lateinamerika mit der Verweigerung weiterer Kredite durch die westlichen Geschäftsbanken am Anfang der Achtziger Jahre einherging, blieb in Asien weitgehend aus.

Eine vergleichsweise effiziente Wechselkurspolitik in Ländern wie Malaysia und Thailand, die eine Überbewertung der nationalen Währungen vermied, half dabei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit weltmarktorientierter Produktionen zu sichern. Einer Exportdiskriminierung wurde auch dadurch entgegengewirkt, daß exporthemmende Effekte von Importsubstitutionsstrategien durch Maßnahmen wie Zollbefreiung oder kompensierende Subventionen für Exporteure ausgeglichen wurden. Relativ offene Volkswirtschaften sind zweifellos stark von der Nachfrageentwicklung insbesondere in den OECD-Staaten abhängig. Andererseits erleichterte ein wettbewerbsfähiges Exportangebot jedoch die Anpassung an verschlechterte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und begrenzte die durch Auslandskredite zu finanzierenden Leistungsbilanzdefizite. Insbesondere die Exportdiversifizierung steigerte die Anpassungsflexibilität, nicht zuletzt indem sie die Chancen verbesserte, dem selektiven Protektionismus der Industriestaaten auszuweichen. Im Gegensatz zu relativ geschlossenen Volkswirtschaften, in denen Importe bereits weitestgehend durch inländische Produktion substituiert worden waren, war es für offene Volkswirtschaften über-

dies leichter, die Importe bei Zahlungsproblemen zeitweise zu drosseln, ohne daß die Auslastung des inländischen Produktionspotentials nachhaltig beeinträchtigt wurde.

Neben Taiwan gilt vor allem Südkorea als Paradebeispiel für eine rechtzeitige Umstellung der Außenhandelspolitik von einseitig binnenmarktorientierter Importsubstitution auf ein ausgewogenes Anreizsystem für Inlandsverkäufe und Exporte. Auf diese Weise konnte Korea seinen Anteil an den Weltexporten kontinuierlich von 0,3 vH (1970) auf 1,7 vH (1986) steigern und gehört heute zu den Schwellenländern mit der am stärksten diversifizierten Exportpalette. Aber auch Länder wie Malaysia und Thailand bieten Beispiele für eine erfolgreiche Exportdiversifizierung und sind inzwischen zu wichtigen Anbietern verarbeiteter Exporte herangereift. Den asiatischen Entwicklungsländern insgesamt ist es gelungen, ihren Weltmarktanteil seit 1970 um 4 Prozentpunkte auf nahezu 10 vH in 1986 zu steigern. Dies spricht gegen die verbreitete These, daß der koreanische Erfolg ein nicht wiederholbarer Einzelfall ist.

Der Exportpessimismus und die hierdurch genährte Skepsis, daß die heutigen Problemschuldner aus eigener Kraft die Aufbringung des Schuldendienstes bewältigen könnten, läßt sich auch nicht damit begründen, daß die Weltmarktanteile Lateinamerikas und Afrikas - im Gegensatz zu Asien - in den Siebziger und Achtziger Jahren nicht anstiegen oder sogar abnahmen. Hierfür ist nicht die angeblich begrenzte Absorptionsfähigkeit des Weltmarktes verantwortlich. Interne wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in vielen Staaten dieser Regionen -

insbesondere das dauerhafte Festhalten an einseitig importsubstituierenden Entwicklungsstrategien - haben das Wachstum und die Diversifizierung der Exporte nachhaltig behindert. Fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der eigenen Regierung haben heimische Sparer und Investoren veranlaßt, ihr Kapital ins Ausland zu schaffen, statt es produktiven inländischen Verwendungen zuzuführen. Ausbleibende oder unzureichende wirtschaftspolitische Korrekturen hatten zur Folge, daß ausländische Kreditgeber sich nach der Zerstörung von Risikoillusionen weigerten, neue Mittel bereitzustellen.

Aus diesem Teufelskreis gibt es für die heutigen Problemländer ohne umfassende und konsistente Reformprogramme kein Entrinnen. Selbst wenn erfolgversprechende wirtschaftspolitische Korrekturen in Angriff genommen werden, bleiben aufgrund erheblicher Glaubwürdigkeitsprobleme schwierige Übergangsphasen zu überwinden. Schlechte Erfahrungen nähren die Skepsis der in- und ausländischen Kapitalgeber, ob Reformversprechen auch eingehalten werden. Es existiert nur begrenzte empirische Evidenz, in welchem Maße und vor allem wie schnell sich die wirtschaftliche Situation und die internationale Kreditwürdigkeit der Problemschuldner bei wirtschaftspolitischer Umorientierung verbessern. Nur in wenigen Ländern ist der Versuch gewagt worden, längerfristig ausgerichtete Anpassungsprogramme in Kraft zu setzen, um Verschuldungsprobleme dauerhaft zu überwinden. Die Erfahrungen solch unterschiedlicher Länder wie Chile, Ghana und Türkei rechtfertigen jedoch nicht den verbreiteten Anpassungspessimismus. Auch wenn es in allen Fällen zu früh ist, ein abschließendes Urteil über Erfolg oder Mißerfolg zu fällen, bieten die



folgenden Beispiele wertvolle Lehren für diejenigen überschuldeten Länder, die bisher nicht vom kurzfristigen Durchwursteln abgegangen sind.

Die Türkei, die am Ende der siebziger Jahre zahlungsunfähig war, implementierte seit 1980 ein umfassendes Wirtschaftsprogramm, das einen deutlichen Schwenk von der gescheiterten Importsubstitutionsstrategie zu mehr Weltmarktorientierung mit sich brachte. Die nationale Währung wurde stark abgewertet und die Wechselkurspolitik durch den Übergang zum kontrollierten Floating flexibilisiert; Exportförderungsmaßnahmen wurden eingeführt, Importhemmnisse gelockert und inländische Preise dereguliert. Wirtschaftliche Erfolge stellten sich recht schnell ein, nachdem sich auch die politische Lage stabilisiert hatte. Die türkischen Exporte waren 1986 dreieinhalb mal so hoch wie 1979; der Weltmarktanteil stieg im gleichen Zeitraum von 0,15 vH auf über 0,4 vH. Die drastischen Exportzuwächse begünstigten hohe gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten, die sich (nach negativen Raten 1979/80) im Zeitraum 1981-86 auf durchschnittlich 5,4 vH beliefen. Mit der Erholung der wirtschaftlichen Lage gelang es der Türkei, ihre Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten deutlich zu stärken. Während die Netto-Ausleihungen der ausländischen Geschäftsbanken in den Jahren 1980/81 negativ waren, erhielt die Türkei seit 1983 umfangreiche Neukredite auf freiwilliger Basis. Das vom Institutional Investor Magazine veröffentlichte Kreditrating des Landes verbesserte sich von 12 Punkten (von 100 möglichen Punkten) im Jahre 1980 auf über 40 Punkte Anfang 1988.

Auch im Falle Chiles liegt ein erfolgversprechendes Wirtschaftsprogramm der Zuversicht zugrunde, daß Ver-

schuldungsprobleme aus eigener Kraft überwunden werden können. Die wirtschaftspolitischen Grundlagen wurden bereits in den Siebziger Jahren gelegt<sup>5</sup>. Peso-Abwertungen und die Liberalisierung des Außenhandels führten zu jährlichen Zuwachsraten von 30 vH bei den nicht-traditionellen Exporten verarbeiteter Produkte. Fiskalpolitische Reformen bewirkten, daß extrem hohe Haushaltsdefizite völlig abgebaut wurden. Stabilisierungsmaßnahmen stoppten die galoppierende Inflation. Im Zeitraum 1976-81 erzielte Chile bemerkenswerte gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten. Als das Land in den Jahren 1982/83 dennoch in eine schwere wirtschaftliche Krise schlitterte und seine Auslandsverbindlichkeiten nicht mehr termingerecht bediente, wurde das Liberalisierungsprogramm überwiegend als gescheitert angesehen. Dieses pauschale Urteil ist jedoch nicht gerechtfertigt. Der Fehlschlag war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Wechselkurspolitik nach 1978 keine ausreichende Abwertung des Peso mehr zuließ und zur Bekämpfung der Inflation mißbraucht wurde. Die freizügige Handhabung von Kapitalimporten induzierte massive Kreditzuflüsse aus dem Ausland, die die Überbewertung der nationalen Währung noch verstärkten. Die Wechselkurspolitik beeinträchtigte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten handelbarer Güter und lief damit der weltmarktorientierten Handelspolitik diametral entgegen.

Diesem Widerspruch in der wirtschaftspolitischen Strategie ist inzwischen Rechnung getragen worden, indem das Wechselkursregime geändert wurde. Mit der realen Abwertung der chilenischen Währung seit 1982 kamen die Vorteile der weltmarktorientierten Handelspolitik wieder zum Tragen. Im Zeitraum 1984-87

nahmen die Exporte um über 40 vH zu, eine Entwicklung, die sich im laufenden Jahr noch verstärkt hat. Nach jüngsten Meldungen macht die Diversifizierung der Exporte deutliche Fortschritte. Seit 1983 ist das Bruttoinlandsprodukt - bei ausgeglichenem Staatshaushalt und, nach lateinamerikanischen Maßstäben, sehr geringer Inflation - jährlich um durchschnittlich 5,5 vH gestiegen. Vorteilhafte Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen haben es in letzter Zeit ermöglicht, den Schuldenberg durch die Umwandlung von Kreditforderungen in Eigentumsanteile abzubauen<sup>6</sup>. Die Anpassungsstrategie Chiles ist von den internationalen Organisationen als beispielhaft gelobt worden. Nach Äußerungen aus Bankenkreisen könnte das Land demnächst wieder Zugang zum internationalen Kapitalmarkt erhalten. Politische Unsicherheiten mögen diese Aussicht allerdings beeinträchtigen.

Vergleichbar mit Chile in der Gruppe der fortgeschrittenen Entwicklungsländer wird Ghana im Bereich der überschuldeten Länder mit besonders niedrigem Entwicklungsstand als Musterbeispiel für erfolgversprechende wirtschaftspolitische Reformen angesehen<sup>7</sup>. Das 1983 angelaufene strukturelle Anpassungsprogramm, das insbesondere von IWF und Weltbank finanziell unterstützt wird, umfaßt neben Wechselkursabwertungen u.a. die Liberalisierung der Importlizenzenvergabe, die Einführung eines Auktionssystems zur effizienteren Zuteilung von Devisen für Importe, die Erhöhung der inländischen Produzentenpreise für Agrarprodukte, die Anhebung der heimischen Zinssätze sowie die Instandsetzung von Infrastruktureinrichtungen. Ferner wurde das Staatsbudget konsolidiert, indem das Steuersystem rationalisiert und die Steuerbasis verbreitert wurde. Nachdem das Brutto-

sozialprodukt Ghanas im Zeitraum 1974-83 um fast ein Fünftel schrumpfte, die Geldentwertung sich beschleunigte und die Exporte einen Tiefstand erreichten, sind die positiven Auswirkungen des Reformpakets nicht zu übersehen. Der Abbau des Staatsdefizits und die Zinsanreize für Sparer ließen die inländische Sparquote von 1 vH (1983) auf 10 vH (1986) hochschnellen. Parallel dazu stieg die Investitionsquote von 4 auf 12 vH. Zusammen mit günstigen Wetterbedingungen bewirkten die Preisanreize einen ausgeprägten Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion und der Exporte. Die Aufhebung von Preiskontrollen und der erleichterte Zugang zu importierten Vorleistungen begünstigten es, daß auch der Industriesektor maßgeblich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug, das sich seit 1984 auf mehr als 5 vH jährlich belief.

Die drei kurz vorgestellten Länderbeispiele deuten darauf hin, daß sich die notwendigen Schwerpunkte von Reformprogrammen von Land zu Land unterscheiden können. Anpassungspessimismus ist aber selbst dort nicht gerechtfertigt, wo die Erfolgsbedingungen wie im Fall Ghanas aufgrund starker Abhängigkeiten von den Witterungsverhältnissen und den Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt besonders schwierig sind. Insgesamt gesehen besteht die begründete Aussicht, daß Verschuldungsprobleme aus eigener Kraft überwunden werden können, wenn die Schuldnerländer

- ihre Exportkraft stärken;
- eine Überbewertung der heimischen Währung vermeiden;
- erfolgreich ausländische Direktinvestitionen attrahieren;
- Inflationsmentalitäten brechen;

- die Funktionsfähigkeit des heimischen Kapitalmarktes verbessern und inländische Ersparnisse mobilisieren; sowie
- unproduktive Staatsaktivitäten zurückschneiden.

III. Wie die OECD-Staaten bei der Überwindung von Verschuldungsproblemen am wirksamsten helfen können

Wenn trotz vielversprechender Reformansätze einiger Schuldnerländer in der Dritten Welt vielfach dennoch Anpassungspessimismus vorherrscht, so tragen die Gläubigerstaaten hierfür ein gerüttelt Maß an Verantwortung. So richtig es ist, daß die Entwicklungsländer das Problem der internen Aufbringung von Ressourcen zur Schuldenbedienung lösen müssen, so richtig ist es auch, daß die OECD-Staaten es der Dritten Welt ermöglichen müssen, die zur Schuldenbedienung notwendigen Devisen durch Exporte zu verdienen. Die Überwindung dieses Transferproblems erfordert insbesondere offene Weltmärkte. Die lange Liste handelspolitischer Sünden beweist, daß die Industrieländer ihren Beitrag zur Lösung von Verschuldungskrisen bisher nicht geleistet haben. Nur einige Beispiele:

- Die von den OECD-Staaten aufgebauten Handelsbarrieren gegenüber Industriegüterexporten aus Entwicklungsländern sind nach Angaben internationaler Organisationen höher als im Handel zwischen Industrieländern. Hohe Zollsätze und nicht-tarifäre Hemmnisse sind gerade dort zu finden, wo Produzenten aus der Dritten Welt besonders wettbewerbsfähig sind, wie z.B. bei Textilien, Lederwaren und Stahl.

- Zollpräferenzsysteme schließen oft solche Produkte aus, bei denen Entwicklungsländer ausgeprägte Exportinteressen haben; sie benachteiligen überdies nicht selten die Anbieter, deren Exporte am wettbewerbsfähigsten sind.
- Im Bereich der Rohstoffe behindert der Protektionismus der Industrieländer die Weiterverarbeitung im Exportland, weil der Importschutz mit zunehmendem Verarbeitungsgrad steigt.
- Die Subventionierung der Agrarproduktion hat z.B. in der EG das Angebot über die eigene Nachfrage hinaus anwachsen lassen. Die Überschüsse - zu künstlich niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt abgeladen - haben Agrarproduzenten aus den Entwicklungsländern von ihren traditionellen Märkten verdrängt.
- Insbesondere gegenüber Exporten aus der Dritten Welt werden in zunehmendem Maße Antidumping-Klagen erhoben und Ausgleichszölle verhängt. Bei diesen Praktiken kommt zur unmittelbaren handelsbeschränkenden Wirkung hinzu, daß die weltmarktorientierten Produzenten erheblichen Unsicherheiten über die Behandlung von Exporten ausgesetzt werden.
- Der internationale Wettbewerb ganzer Branchen wie Landwirtschaft, Textilien und Stahl ist durch ein äußerst komplexes Geflecht von staatlichen Eingriffen so reglementiert, daß die GATT-Prinzipien der Meistbegünstigung und Nicht-Diskriminierung insbesondere auf Kosten von Entwicklungsländern weitestgehend ausgehöhlt worden sind. Willkür, Selektivität und Bilateralismus greifen vor allem im Rahmen des Multi-

faser-Abkommens und der sogenannten freiwilligen Exportselbstbeschränkungsabkommen um sich.

Es ist kaum exakt zu quantifizieren, wie stark die realisierten Exporte von Entwicklungsländern aufgrund handelsbeschränkender Maßnahmen der OECD-Staaten gegenüber dem Exportpotential zurückbleiben. Nach Schätzungen der UNCTAD würde eine völlige Handelsliberalisierung im Bereich der OECD um 10 vH höhere Dritte-Welt-Ausfuhren erlauben. Für die Textilindustrie wurden Exportsteigerungsmöglichkeiten von über 80 vH errechnet, wenn die wichtigsten OECD-Länder tarifäre und nicht-tarifäre Barrieren beseitigen. In anderen Untersuchungen wird der positive Wohlfahrtseffekt einer umfassenden Handelsliberalisierung für die Entwicklungsländer mit fast 3 vH ihres Bruttoinlandsprodukts angegeben<sup>11</sup>. Dieser Effekt wäre etwa doppelt so hoch wie die gesamten Entwicklungshilfeleistungen der OECD. Hinzu kommt noch, daß mit weltmarktorientierten Entwicklungsstrategien erfahrungsgemäß beachtliche Effizienzsteigerungen in der Produktion einhergehen. Derartige dynamische Auswirkungen eines Protektionismus werden in den erwähnten Studien zumeist vernachlässigt.

All dies verdeutlicht, daß die OECD-Staaten durch eine Öffnung ihrer Märkte einen wirksamen Beitrag zur Lösung von Verschuldungskrisen leisten könnten. Auf der IWF- und Weltbanktagung in Berlin hat man zum wiederholten Male wohlklingende Absichtserklärungen zum Abbau von Handelsschranken gehört. Tatsächlich verhindern nationale Gruppeninteressen es jedoch, daß die Industrieländer ihrer Verantwortung bei der Überwindung von Transferproblemen gerecht werden. Es ist wenig einleuchtend, von den relativ Schwachen wirtschaftspolitische Anpas-

sung zu verlangen und die mangelnde Glaubwürdigkeit von Reformversprechen zu beklagen, wenn die wirtschaftlich Stärkeren im eigenen Bereich nicht willens oder nicht fähig sind, die notwendigen wirtschaftspolitischen Korrekturen vorzunehmen.

Es ist dehalb zu hoffen, daß die OECD-Staaten im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT glaubwürdige und bindende Liberalisierungsschritte zusagen, damit ein Strategiewechsel von Entwicklungsländern in Richtung auf stärkere Weltmarktorientierung nicht länger entmutigt wird. In dieser Hinsicht besteht aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, solche Gruppen in den Industrieländern zu stärken, die ein Interesse an einer Neuorientierung der westlichen Handelspolitik haben. Dies müßte zum Beispiel eigentlich für die Gläubigerbanken gelten, da offene Märkte die Chancen verbessern würden, daß notleidende Entwicklungsländerkredite wieder bedient werden.

Die gegenwärtige Schuldenerlaß-Diskussion lenkt dagegen von den zentralen Anpassungserfordernissen in Schuldner- und Gläubigerländern ab. Es wird an den Symptomen der Überschuldung von Entwicklungsländern kuriert, statt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich eine krisenhafte Zuspitzung der internationalen Verschuldungssituation nicht wiederholt.

#### FUSSNOTEN:

- 1 Zur Diskussion eines Schuldenerlasses vgl. ausführlicher Peter Nunnenkamp, Kapitalabflüsse aus der Dritten Welt und Schuldenerlaß. Zu den Problemen



des privaten Kapitaltransfers zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 139, Juni 1988.

- 2 Vgl. ausführlicher Peter Nunnenkamp, *The International Debt Crisis of the Third World. Causes and Consequences for the World Economy.* Brighton 1986, insbes. Kapitel 6.
- 3 Zu den gescheiterten kurzatmigen Stabilisierungsbe-  
mühungen in Brasilien und Argentinien vgl. Bernhard  
Fischer, *Brasilien ohne Inflation? Eine kritische  
Würdigung des Cruzado-Planes.* Institut für Welt-  
wirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 124, Sep-  
tember 1986; Juergen B.Donges, *Kann die argentini-  
sche Wirtschaft gesunden? Vorschläge zur Überwin-  
dung einer Krise.* Institut für Weltwirtschaft,  
Kieler Diskussionsbeiträge, 110, Juni 1985.
- 4 Vgl. Torsten Amelung, *The Political Economy of  
Import Substitution and Subsequent Trade Liberali-  
zation: The Case of Turkey.* Institut für Weltwirt-  
schaft, Kieler Arbeitspapiere, 330, Juli 1988.
- 5 Vgl. Vittorio Corbo, "Reforms and Macroeconomic  
Adjustments in Chile during 1974-84". *World Deve-  
lopment*, Vol 13 (1985), S. 893-916.
- 6 Vgl. Uwe Corsepius, *Government Regulations, Exter-  
nal Financing, and Economic Performance: The Case  
of Chile.* Institut für Weltwirtschaft, Kieler Ar-  
beitspapiere, 336, September 1988.
- 7 Vgl. "Ghana Aims at Growth with Adjustment, Suppor-

ted by Fund Facilities", International Monetary Fund, IMF Survey, Washington, 30. November 1987.

- 8 Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1986. Washington 1986.
- 9 Vgl. UNCTAD, Protectionism and Structural Adjustment. TD/B/1081 Part I. Genf, 23. Januar 1986.
- 10 Vgl. Naheed Kirmani et al., "Effects of Increased Market Access on Exports of Developing Countries". IMF Staff Papers, Vol. 31 (1984), S. 661-684.
- 11 Vgl. John Whalley, Trade Liberalization among Major World Trading Areas. Cambridge (Mass.) 1985.